

MEDIEN-INFORMATION

Donnerstag, den 30. Juni 2005

JU-Chef Mißfelder: Eine Wende am Arbeitsmarkt braucht Vertrauen – Vertrauen braucht den Wechsel!

Zum Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit für den Monat Juni erklärt der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder (25):

„Wie es in den Jahren der rot-grünen Regierung in Deutschland zur traurigen Gewohnheit geworden ist, zeigt auch der Arbeitsmarktbericht für den Juni 2005 zwischen den saisonalen Schwankungen den strukturellen Abwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt. Dieser ist in ein Umfeld anderer schlechter Nachrichten eingebettet, wie den rückläufigen GfK-Konsumklimaindex oder eine zurückgenommenen Wachstumsprognose des IWF für Deutschland, der Bundesfinanzminister Eichel (SPD) darüber hinaus ein gesamtstaatliches Defizit von 3,8 Prozent des BIP in 2005 voraussagt.

Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden in Deutschland steigt mehr als saisonüblich und überproportional an. 930.000 Menschen mehr als im Vorjahr suchen derzeit in Deutschland Arbeit, nämlich 6,7 Millionen. Zugleich beschleunigt sich der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung weiter und setzt damit den Trend der letzten Jahre fort. Im Vergleich der April-Werte sind 330.000 Arbeitsplätze gegenüber dem letzten Jahr verloren gegangen. Die Arbeitslosigkeit bei den Unter-25-Jährigen lag im gesamten ersten Halbjahr um ein Viertel über der des Vorjahres. Auch die Zahl der älteren Arbeitslosen über 55 Jahren bleibt mit einem Zuwachs von ca. 20 Prozent im ersten Halbjahr dramatisch höher als 2004.

Ab Junge oder Ältere, Beschäftigte oder Arbeitssuchende, alle sind gleichermaßen vom Ergebnis rot-grüner Misswirtschaft betroffen und haben allen Grund, dem Bundeskanzler nicht mehr zu vertrauen, der einst mit dem Versprechen angetreten ist, sich an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen zu lassen.

Die Entwicklung der Strukturdaten des Arbeitsmarktes, die chronische Wachstumsschwäche, die ausufernde Staatsverschuldung und die allgemeine Verzagtheit der Menschen in Deutschland verlangen nach einem grundlegenden Wechsel in Deutschland.“